



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, den 13. Juni 1886.

Nr. 271.

Wegen des Pfingstfestes erscheint die nächste Nummer unseres Blattes Dienstag Abend.

## Die Redaktion.

### Deutschland.

Berlin 12. Juni. Wie gemeldet worden, hat die bayerische Regierung die Absendung von Telegrammen über die Vorgänge vom Donnerstag in Hohenschwangau unterjagt; es liegen daher bis zur Stunde neuere Nachrichten über diese nicht vor; wohl aber wird uns gemeldet, daß nach der Proklamierung der Regentschaft der in Hohenschwangau auf Befehl des geisteskranken Königs geleistete Widerstand sein Ende erreicht hat und daß der König sich jetzt bereits in ärztlicher Behandlung befindet. Die der „N.-Z.“ zugehenden Mittheilungen lauten:

München, 12. Juni. Der Staatsrath ist soeben unter dem Vorsitz des Prinz-Regenten zur Berathung der dem Landtage zu unterbreitenden Vorlagen zusammengetreten.

München, 12. Juni. Der König soll heute nach Schloß Berg geleitet werden, weohalb Obermedizinalrath Guden in Hohenschwangau wieder eingetroffen ist. Assistenzarzt Dr. Müller wurde zum ständigen Hüfarsarzt des Königs ernannt. Das Hoflager ist gestern aufgelöst worden. Königin-Mutter Marie, welche mit dem König seit 12 Monaten nicht mehr zusammengetroffen, beabsichtigte, heute Morgen in Hohenschwangau einzutreffen, um den König zu sehen. Die hohe Frau soll vollständig gebrochen und entschlossen sein, sich in die Stille eines Klosters zurückzuziehen. Die Aufregung der Bevölkerung in Füssen und Hohenschwangau hat sich vollständig gelegt; man hat sich überall von der absoluten Nothwendigkeit der Regentschaft und undurchbringlicher Ruhe für den Geist und Körper des Königs überzeugt.

München, 12. Juni. Ein soeben, 10 Uhr Morgens, eingetroffenes Telegramm meldet, daß der König, der Anordnung Guden's Folge leistend, mit Dr. Müller um halb 5 Uhr nach Schloß Berg abgereist ist. Die Bevölkerung von Füssen gab ihm trauernd das Geleit.

Damit dürfte diese düstere Tragödie für die Öffentlichkeit ihr Ende erreicht haben. Man wird wohl nur noch selten vom König Ludwig II. hören. Betreffs der während der Regentschaft obwaltenden Rechtsverhältnisse bemerkt die Münchener „Allg. Ztg.“:

Der Regent übt nach Art. II § 17 der Verfassungsurkunde „während seiner Reichsverwesung“ Regierungsgewalt aus, welche durch die Verfassung nicht besonders ausgenommen sind.“ In Bezug auf die Statuirung dieser Ausnahmen hat die Verfassung, die offenbar die Möglichkeit nicht vor Augen hatte, daß eine Regentschaft, wie nun, auf eine nicht absehbare Zeit nötig werden könne, keine Fehler begangen. Sie sagt in Art. II § 18: „Alle erledigten Aemter, mit Ausnahme der Justizämter, können während der Reichsverwesung nur provisorisch besetzt werden. Der Reichsverweser kann weder Kronsgüter veräußern, der heimgefallene Lehen vererben, noch neue Aemter einführen.“ Was wegen der Lehen bemerkt ist, wäre wohl zu ertragen. Aber das andere, das, wie man in Seydels bayerischem Staatsrecht I S. 482 ff. nachlesen mag, an Unmöglichkeit vielfach nichts zu wünschen übrig läßt, liegt in der Anwendung die schwersten Missethate Befolge haben. Im übrigen kann der Regent die Regierungshandlungen vornehmen, die der Prinz vornehmen kann. Nur darf er sie nicht eigenem Namen, sondern er muß sie auf den Namen des Königs vollziehen. Formell ist der Regent außerdem insofern beschränkt, als er in die wichtigsten Regierungsgeschäften das Votum des Regenschaters, d. h. des Gemischtaatsministeriums, zu erholen hat, ohne daß jedoch dieses Gutachten materiell bindet. Es schließt sich noch der persönlichen Rechtestellung des Regenten zu gedenken. Der Regent hat nicht die persönlichen Rechte der Majestät; denn er vertritt des Königs Stelle, und zwar vertritt er den König sowohl in der Eigenschaft als Staatsoberhaupt als in der Eigenschaft als Familienoberhaupt des königlichen Hauses. Der Regent hat Anspruch auf die Wohnung in der Residenz, auf Unterhalt für eigene Person und auf eine in Monats-

raten zahlbare Jahresrente von 200,000 fl., die „zu seiner eigenen Verfügung“ steht. Die beiden letzten Ansprüche gehen bei der ordentlichen Regentschaft gegen die Zivilliste, bei der außerordentlichen Regentschaft gegen die Staatskasse. Letzteres gilt also für den nun vorliegenden Fall. Der für den Unterhalt des Regenten erforderliche Betrag ist mangels verfassungsmäßiger Festsetzung mit den Kammern zu vereinbaren. Die nach dem Verfassungsgeetze über die Zivilliste auf letzterer ruhenden Verpflichtungen ebenso wie alle vom Könige eingegangenen privaten Verbindlichkeiten bleiben auch während der Regentschaft auf der Zivilliste ruhen.

Die „E. L. C.“ verbreitet folgende Telegramme:

München, 11. Juni. Die „Allg. Ztg.“ sagt in einem Leitartikel betreffs der jüngsten Ereignisse: „Es ist gewiß in diesem Momente tiefster Bekommenheit ein tröstlicher Lichtschimmer, daß beim ersten Bekanntwerden die einstimmige Erkenntnis der Tragik des Geschicks unseres Königs, über alle Kombinationen, welche widerstrebende Parteilichkeiten an die Voraussetzungen der Regentschaft geknüpft und über die Erwartungen, welche von der neuen Situation zu hegen seien, hinweggehend, lediglich dem Schmerze und der Betrübnis über ein so hochveranlagtes, von den edelsten Ideen getragenes Leben, das nun wie mit einem Schläge dem lebendigen Tode verfallen ist.“

München, 11. Juni. Nach hier vorliegenden Mittheilungen hat die nunmehr allseitig bekannt gewordene Proklamierung der Regentschaft auch in den Hohenschwangau nächstgelegenen Distrikten einen beruhigenden Eindruck gemacht. Die Aerzte haben die Behandlung König Ludwig's übernommen und sind selbstverständlich alle Vorkehrungen in schonendster Weise getroffen.

In der bayerischen Regenschatfrage kann nunmehr auch auf feststehende Momente hingewiesen werden, welche so lange der Densität entzogen werden mußten, als noch irgend eine Hoffnung bestand, einen weniger peinlichen Ausweg als den Nachweis der Regierungsunfähigkeit zu beschreiten. Dazu gehört der traurige Umstand, daß im Namen eines deutschen Fürsten Versuche gemacht oder begünstigt worden sind, mit französischem Gelde den Verlegenheiten der bayerischen Kabinettskasse abzuhelfen. Es ist überflüssig, auf die politische Tragweite solcher Nachenschaften hinzuweisen und zu betonen, mit welchen Empfindungen die verantwortlichen Vertreter der bayerischen Politik von diesen selbstverständlich hinter ihrem Rücken und durch mehr als zweifelhafte Persönlichkeiten ins Werk gesetzten Anstellungen Kenntnis nehmen. Weniger Gewicht braucht man darauf zu legen, obgleich auch dieses Vorgehen das Ansehen der Person und der Würde, welche dabei betheiligte waren, nicht eben zu steigern geeignet war, daß bei verschiedenen anderen, auch außerdeutschen Höfen Vorfälle zur Schuldenbezahlung gemacht worden sind. Die Empfindungslosigkeit gegen das Bedenkliche eines solchen Abhängigkeitsverhältnisses wird auch schon auf Rechnung eines geistigen Zustandes gestellt werden müssen, welcher jetzt unwidlich geworden ist. Welches Gefundel übrigens aus den traurigen Verhältnissen des königlichen Haushalts, traurig so wohl nach seiner materiellen Lage als nach der persönlichen Umgebung des Fürsten, den Muth gewonnen hatte, sich zur Abstellung der dortigen Geldverlegenheiten zu empfehlen, mag das eine Beispiel beweisen, daß ein zur Zeit noch in einer preussischen Strafanstalt befindlicher, rechtskräftig verurtheilter Betrüger sich erboten hat, für den königlichen Schuldner die nötigen Millionen beizuschaffen. Natürlich tritt all dieses vor dem niederdrückenden Gedankens zurück, daß das alte Elend französischer Geldunterstützung in Deutschland seine Auferstehung feiern könnte. Es ist im Interesse der deutschen Monarchie, daß durch die in Bayern jetzt nothwendig gewordene Entscheidung auch solchen Zuständen ein Ende bereitet wird. Natürlich sind die ultramontanen Blätter innerhalb und außerhalb Baierns mit der Thatsache sehr unzufrieden, daß die Lösung der Schwierigkeiten möglich wurde ohne einen Kabinettswechsel. Die „Germania“ ist sogar radikal genug, das Ministerium Luz für die Krankheit des Königs verantwortlich zu machen; sie meint, schon vor Jah-

ren hätte es seine Entlassung geben müssen. Daß ein ultramontanes Regiment in Baiern den König von seiner Bauleidenschaft abgebracht haben würde, scheint uns sehr fraglich, jedenfalls ist es nicht erwiesen. Die Frage ist aber hinfällig, da König Ludwig den Ultramontanismus verabscheut hat und sich unter keinen Umständen zu einem partikularistisch kirchlichen Regiment verstanden hätte. Natürlich sind die bayerischen Ultramontanen insbesondere in der Provinz doppelt unglücklich, daß für sie bei dem traurigen Ereignis kein politisches Geschäft herausgekommen ist. Demgegenüber muß betont werden, daß die wirklich politischen Denkenden unter den kirchlichen Führern sich über diese Nothwendigkeit keiner Täuschung hingeben und gern auf die Aussicht verzichten, mit der Unterstützung und somit auch in Abhängigkeit von den Elementen, welche in der ultramontanen Masse tonangebend sind, das Regiment in Bayern zu führen. Und die Erfahrung hat bewiesen, daß bei der jetzigen Zusammensetzung der bayerischen Reichsrathskammer auch ohne die gnädige Erlaubnis der ultramontanen Heißsporne eine verständige, den bayerischen und deutschen Rechten und Interessen entsprechende Regierung in Bayern geführt werden kann. Sehr bedauerlich ist es, daß die dem König Ludwig außerordentlich ergebene Bergbevölkerung, die seit Jahren allein den Vorzug besaß, mit dem König in persönlichen Verkehr zu kommen, sich gegen die Aenderung in der Regentschaft hat aufregen lassen und daß militärische Maßnahmen nötig wurden, um diese Bevölkerung vor Thorheiten zu warnen oder doch etwa versuchte Ausschreitungen in den Anfängen zu unterdrücken. Das Unvermeidliche ist vollzogen worden, und im Nutzen Baierns wie des Reichs ist nur noch der eine Wunsch am Platz, daß dem Prinzen Luitpold, welchem für sein Pflichtgefühl der Dank des deutschen Volkes gebührt, eine lange und ruhige Regentschaft vergönnt sein möge.

Der Kaiser wird dem Vernehmen nach am 18. d. M. Abends Berlin verlassen und seine Sommer- und Badereisen antreten. Zunächst nimmt Allerhöchstdieselbe wieder einen vierwöchigen Aufenthalt in Bad Ems. Fernere Reiseabsichten, nach beendeter Kur in Ems, sind bis zur Stunde noch nicht getroffen worden.

Die englische Wahlbewegung ist schon vor dem Pfingstfest in vollen Fluß gerathen dadurch, daß Chamberlain, der aus einem früheren Anhänger Gladstones fast dessen erbittertester Gegner geworden ist, seinen Wählern in Birmingham sein Programm auseinandergesetzt hat. Aus London wird von heute früh berichtet:

Chamberlain hat ein Manifest an seine Wähler in Birmingham gerichtet, in welchem er die Vorlagen Gladstones bezüglich Irlands auf das eingehendste kritisiert. Chamberlain spricht sich gegen Zwangsmassregeln aus, empfiehlt die Ausbreitung des Systems der kleinen Bauerngüter in Irland und eine Lokalverwaltung für Schottland, Wales und Irland im weitesten Umfang, ferner ein Arrangement, nach welchem die verschiedenen Theile des vereinigten Königreichs einen größeren Einfluß auf die Verwaltung und Gesetzgebung ausüben könnten, soweit dieselben die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Landestheile betrifft.

Charles Dilke hat sich in einem Manifest an seine Wähler in Chelsea für das Homerul-Prinzip ausgesprochen.

Das Unterhaus nahm gestern im weiteren Verlaufe seiner Sitzung den Antrag der Regierung auf Bewilligung eines provisorischen Kredits von 60/10 Millionen Pfund Sterling für die Zivilverwaltung und 5 Millionen Pfund Sterling für die Kriegsverwaltung an. Das Unterhaus nahm ferner die zweite Lesung der Vorlage an, durch welche die Alkoholzölle und die Weinzölle mobilisirt werden, und die Einfuhr von ausländischen Kupfermünzen, namentlich von 2 Sous-Stücken verboten wird.

Das von Labouchere eingebrachte und von der Regierung unterstützte Amendement zu der Bill, betreffend die Wahlkosten, nach welchem die Wahlkosten der Kandidaten fortan aus Lokalabgaben bestritten werden sollen, wurde mit 98 gegen 67 Stimmen genehmigt.

Die Lage in Belgien fängt an, wieder höchst ernst zu werden; im Laufe des heutigen Tages erfolgten Arbeits einstellen in Charleroi,

Gilly, Dampremy, Jumet, Chateleineau, Montigny, Seraing. Ueberall mußten zur Aufrechterhaltung der Ruhe Truppen requirirt werden. Der radikale „Peuple“ kündigt für die kommende Woche einen gleichzeitigen Streik-Ausbruch in ganz Belgien an. In Folge der Verbreitung wahrer und falscher Nachrichten betreffend die angekündigten sozialistischen Manifestationen am Pfingstsonntag herrscht in Brüssel eine starke Panik; fast alle Bankiers bewaffnen ihr Personal, die Nationalbank wird eine Besatzung erhalten, überhaupt wird seitens der Regierung eine große Truppenmacht aufgeboden werden. Doch wird allgemein behauptet, daß die drohende Gefahr weit übertrieben sei und durch die allzu umfassenden Massregeln der Behörden gesteigert werde. In den Bureaus des sozialistischen „Peuple“ fand heute eine Haasdurchsuchung statt.

### Ausland.

Paris, 10. Juni. Die Verhandlungen über die Ausweisungsvorlage haben unter ungewöhnlicher Theilnahme begonnen und sich auf der Höhe der großen Frage gehalten, was das französische Volk von den Deleans hält, was es über die Republik denkt und wie es über die Opposition im Kabinet und die Versuche Clemenceau's, den kleinen Gambetta zu spielen, urtheilt. Ueber die besondere Frage, die Ausweisung der Prinzen selbst, ist man ziemlich im Klaren: der Antrag Broussé zu Freycinet's Vorlage wird voraussichtlich mit 280 bis 300 gegen 200 bis 220 Stimmen nebst 50 Nichtstimmen angenommen werden, wenn Freycinet, dessen Rede noch rüchständig ist, nicht besondere Taktlosigkeit begeht. Freycinet kann sich in Bedrängnissen wie die jetzigen nicht auf sich verlassen, da er im entscheidenden Augenblick auf der Tribüne die kalte Ueberlegung verliert und der Muth seiner Ueberzeugung ihn verläßt. Es sind ihm von de Mun harte und schwer zu widerlegende Vorwürfe gemacht worden und man darf daher um so gespannter auf seine morgige Rede sein. Diese wird auch über die Ministerfrage entscheiden: geht Freycinet als wirklicher Sieger aus dem Streite hervor, so wird sich auch das Bierleeblatt, das Clemenceau ihm auf die Nase gesetzt hat, wieder bescheidener benehmen; erringt er nur einen Scheinieg, so sind seine Tage gezählt. In der heutigen Erörterung kam auch die portugiesische Wunderlichkeit zur Sprache, und da der französische Gesandte wegen seiner lebenswürdigen Versäuerungen nicht zur Rechenschaft gezogen wurde, so stellt sich die Sache so dar: Grey und Freycinet waren herzlich zufrieden über die Heirathspartie der „Französin“ mit dem Kronprinzen von Portugal und hatten keine Ahnung von dem Lärm, den das Stellungnehmen der Orleansen im Hotel Galliera zur Beglückwünschung der Braut machen würde. Da kam die „Lanterne“ auf den Einfall, die Lärmglocke zu ziehen, und sofort riefen Clemenceau, Mabier und andere Gesinnungstüchtige: Feuer! die Republik brennt an! Jetzt bekam Freycinet Angst; er fand, daß etwas gefahren müsse, er schickte über Wasser zu halten. So entriß er Grey seine Vorlage und ahnte nicht, daß die Deputirten unter dem ersten Eindruck nach der Rückkehr von ihren Wählern in der Provinz einen Ausschuss wählten, der dann, wiederum von Clemenceau und dem Bierleeblatt im Kabinet geschoben, die Angelegenheit so gründlich verarbeitete, wie sie jetzt dasteht. Graf de Mun schildert die beiderseitige Ueberraschung der Orleansen und Freycinet's so: „Was war vorgegangen? Man wußte, daß eine fürstliche Vermählung stattfand, man konnte darin aber keine Verschwörung sehen und konnte annehmen, die Regierung werde diese Gelegenheit nicht benutzen, um Frankreichs Vereinigung in Europa noch zu vergrößern. Man hatte auch die Worte nicht vergessen, durch welche unser Gesandter in Portugal diese Vermählung als ein neues Band zwischen zwei Völkern feingegründet hatte, und durfte sich darauf verlassen, daß er nicht verleugnet werden würde. Die öffentliche Meinung wurde nicht befriedigt: der Minister gab keinen Grund zur Vorlage an, that nicht mehr und nicht weniger als Baely, der auch keinen Grund für seinen Antrag angegeben hat. Der wahre Grund ist, daß das Ministerium sich von Clemenceau's Verschuldigung reinwaschen wollte, der ihm vorgeworfen hatte, es wolle die Prinzen gegen die republikanische Partei decken. Heute,

